

## Schlammlawine in Southern Leyte fordert 2.000 Opfer

Bei schweren Erdbeben in der Provinz Southern Leyte (Mindanao) kamen Mitte Februar 2006 bis zu 2.000 Menschen ums Leben. Die Bergungsarbeiten wurden dadurch erschwert, dass schweres Gerät wie Bulldozer in den Resten des von einer Schlammlawine verwüsteten Bergdorfs nicht zum Einsatz kommen konnten. Auch Hubschrauber mussten am Boden bleiben, um keine weiteren Lawinen auszulösen. Mit bloßen Händen versuchten Rettungsteams nach Überlebenden zu suchen. Berichte, wonach sich in einer Schule eine Luftblase gebildet habe und dort eingeschlossene Textnachrichten an Angehörige geschickt hätten, wurden in der Folge nicht bestätigt.

Ein Regierungssprecher wies Gerüchte zurück, die Erdbeben stünden im Zusammenhang mit illegalem Holzfällen in der Region. Der betroffene Ort Guinsaugon hatte eine Bevölkerung von 1.851. Die Zahl der Opfer liege mindestens bei 2.000, da Frauenorganisationen aus Nachbargemeinden zu einem Treffen angereist waren. Manilas Erzbischof Gaudencio Rosales kritisierte die lokalen Behörden: Wenn die bekannten Erosionsprobleme energisch angegangen worden wären, hätten die Erdbeben zumindest milder ausfallen können. Dringend nötige Wiederaufforstungsmaßnahmen seien wissentlich verschleppt worden. Eine Reihe von Faktoren hatten zusammen die Erdbeben ausgelöst, darunter starke Regenfälle und die Lage in einer geotektonisch unruhigen Zone. Nun sollen nach Regierungsangaben die veralteten Risikokarten und Notfallpläne verbessert werden.

PDI 19.2.06

## Notstandsgesetz zum 20. Jahrestag von »People Power I«

Präsidentin Arroyo verhängte am 24. Februar landesweit den Notstand, um angeblichen Putschversuchen von unzufriedenen Streitkräften, kommunistischen Rebellen und deren zivilen Unterstützern entgegenzutreten.

Die Behörden haben Anklagen gegen rund 50 Oppositionelle auf den Weg gebracht. Darunter sind auch hochrangige Militärs und linke Kongressabgeordnete, die zeitweise vor polizeilicher Verfolgung ins Parlamentsgebäude flüchteten.

Anwälte und Bürgerrechtler beklagten hingegen eine Vielzahl unbegründeter Verhaftungen und Repressionen gegen kritische Zeitungen. Die juristischen Grundlagen des Notstands waren mehr als umstritten. Unglaublich erschienen Beobachtern auch umständliche Hilfskonstrukte, die als Begründung für Verhaftungen von Oppositionellen herangezogen wurden. Crispin Beltran, wurde etwa mit einem Haftbefehl wegen Anstiftung zum Volksaufstand aus dem Jahre 1985 zur Befragung »eingeladen«. Der ehemalige Präsident Fidel Ramos, dem großer Einfluss auf das Militär nachgesagt wird, reagierte auf die Proklamation erbost: »Noch so ein Ding und

sie ist weg!«, schimpfte er. Auch Wirtschaftsexperten in Arroyos Kabinett lehnten den Notstand ab, da er das fragile Investitionsklima erschüttern könne.

Nach einer Woche, in der insbesondere die Versammlungsfreiheit praktisch völlig außer Kraft gesetzt war, nahm die Präsidentin den Notstand am 3. März zurück. Sie sei in Übereinstimmung mit loyalen Beratern zu der Auffassung gekommen, die Gefahr eines gewaltsamen Umsturzes sei vorerst gebannt. Gleichzeitig ließ sie keinen Zweifel daran, die Macht auch bei massiven Protesten nicht freiwillig abzugeben. Sie sei bereit, jederzeit wieder mit den gebotenen Mitteln ihre verfassungsmäßige Stellung als Staatsoberhaupt zu verteidigen.

Es ist unklar, wie die Arroyo-Administration angesichts der erodierenden Legitimität bis zu den nächsten Wahlen weiter regieren kann, zumal falls die laufende Legislaturperiode im Zuge der geplanten Verfassungsänderung bis 2010 ausgedehnt werden sollte. Nach Medienberichten ist die Popularität der Präsidentin inzwischen geringer als jene des Diktators Marcos Mitte der 1980er Jahre.

PDI 27.2., 3.3.06, Newsbreak 27.2.06

## Starker Peso zum Jahresende

Der Wechselkurs des Peso hat 2005 um mehr als 5 % gegenüber dem US\$ gewonnen und sich bei 1:51 eingependelt. Die meisten anderen Währungen der Region verloren im selben Zeitraum gegenüber dem Dollar. Regierung und Ökonomen sehen die Entwicklung des eingeschlagenen Reformkurses. In diesem Zusammenhang hatte im vergangenen Jahr die Mehrwertsteuererhöhung von 10 auf

12 % massive Proteste bei den armen Bevölkerungsteilen ausgelöst. Der starke Wechselkurs verliert teils dadurch an Aussagekraft, als die Überweisungen der im Ausland arbeitenden Filipinos in die Heimat (remittances) 2005 einen neuen Rekord erreichten. Sie beliefen sich nach offiziellen Angaben auf 10,3 Mrd. US\$, ein Plus von rund 20 % gegenüber 2004.

Business World, 30.12.2005

## Terrorbekämpfung: nationales Paradigma

Der Senat hat unmittelbar vor der Weihnachtspause mit deutlichen Worten seine Skepsis gegenüber dem von der Arroyo-Administration initiierten Entwurf eines Anti-Terror-Gesetzes zum Ausdruck gebracht. Senatspräsident Franklin Drilon sagte, man werde sich dem Drängen der Regierung verweigern, dem umstrittenen Entwurf sofort zuzustimmen, die Sache verlange eine verantwortliche Prüfung und eine solche vor allem Zeit. Senator Joker Arroyo meinte, die USA stünden hinter der Maßnahme, da sie in einigen Nachbarstaaten auf die Verabschiedung entsprechender Gesetze gedrängt hätten. Das sei aber in keinem der ASEAN-Staaten bis-

her eingetreten. Arroyo verwies auch auf das Vorbild des US-Senates, der schon Entwürfe der Regierung zur Terrorbekämpfung abgelehnt habe. Präsidentin Arroyo hingegen fühlt sich von militanten Islamisten vor allem auf der Südinsel Mindanao bedroht und sieht den Entwurf als »hohen Ausdruck des Patriotismus, um Menschenleben vor der Geißel des Bösen zu retten«. Ihre Sorge bezieht sich vor allem Jemaah Islamiyah. Die Opposition befürchtet hingegen unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung eine allgemeine Einschränkung der Grundrechte.

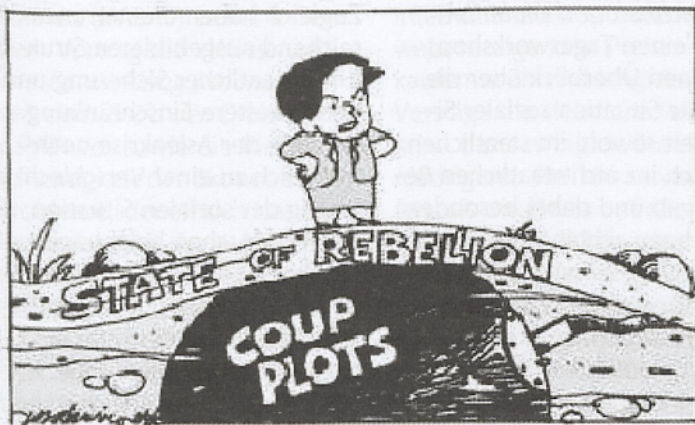
Philippine Star, 20.12.2005

## Schweigen über Hacienda Luisita

Mehr als ein Jahr nach dem Massaker an streikenden Arbeitern auf der Zuckerfarm Hacienda Luisita, bei dem 14 Menschen durch Polizei und Armee getötet wurden, ist noch kein Verfahren gegen die Verantwortlichen eingeleitet worden. Die Farm gehört Verwandten der Ex-Präsidentin Corazon Aquino. Die Arbeiter hatten bessere Löhne und eine Landreform gefordert. Eine Untersuchung der Nationalpolizei PNP kommt zu dem Schluß, die Beamten hätten in Notwehr gehandelt, da

die Streikenden von ihren Barrikaden aus das Feuer eröffnet hätten. Augenzeugen und unabhängige Medien widersprechen dieser Darstellung. Menschenrechtsorganisationen legen dar, Repressionen gegen Gewerkschaftsmitglieder hätten landesweit Methode. 2005 sei es zu 116 dokumentierten politischen Morden gekommen, die Dunkelziffer ist kaum abzuschätzen, so der Bericht der NGO Alliance for the Advancement of Human Rights.

World Socialist Website, 18.1.2006



## Wowowee: Eine philippinische Tragödie

Am 4. Februar 2006 kam es zu einem tragischen Unfall vor dem Ultra-Stadium in Pasig City, in dem die beliebte Fernsehshow Wowowee stattfinden sollte. Die Möglichkeit, in der Sendung eine Million Pesos (rund 20.000 Euro) zu gewinnen, hatte Tausende Menschen aus teils entfernten Landesteilen seit Tagen zum Ausharren vor dem Stadium bewegt. Dabei handelte es sich vor allem um notleidende Bevölkerungsteile, insbesondere alte Frauen, die in dem vom TV-Kanal ABS-CBN angekündigten Gewinn eine Chance erhofften, der Armut zu entkommen.

Das Unglück ereignete sich nach Augenzeugenberichten am frühen Morgen, als die Tore zum Stadion teilweise geöffnet und unmittelbar darauf wieder geschlossen wurden. Es kam zu einer Massenpanik, bei der die weiter hinten wartenden Personen in den vorderen Reihen unter sich begruben und zu Tode trampelten. Die Zahl der Opfer wurde mit 70 bis 80 angegeben.

Nach dem tödlichen Ereignis warteten viele der angereisten Kandidaten weiter darauf, ins Stadion gelassen zu werden, was Kommentatoren als besonders bittere Manifestation ihrer Notlage werteten. Erst als die TV-Stars, die in der Show auftreten sollten, der Menge unter Tränen mitteilten, die Veranstaltung sei aus Pietät mit den Opfern abgesagt, begann diese sich zu zerstreuen.

Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo kam nach wenigen Stunden an die Unglücksstelle und ordnete eine Untersuchung an, die innerhalb von 72 Stunden mögliche Verantwortliche für den Unfall identifizieren sollte.

PCIJ Blog 4.2.06, PDI 5.2.06